

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 12.07.2012**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal
Zeit: 16:30 Uhr bis 18.40 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Ute Haupt	DIE LINKE – Ausschussvorsitzende
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE
Herr Roland Hildebrandt	CDU
Herr Raik Müller	CDU
Herr Andreas Schachtschneider	CDU
Herr Robert Bonan	SPD
Frau Hanna Haupt	SPD
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP
Frau Sabine Wolff	MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Herr Norwin Dorn	Seniorenrat
Herr Sven Weise	LIGA
Frau Heike Schmied	Bereichsleiterin Jobcenter Halle
Frau Martina Grummisch	Bereichsleiterin Jobcenter Halle
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter
Frau Susanne Wildner	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Dr. Toralf Fischer	Behindertenbeauftragter
Herr Hans-Günter Schneller	Amtsleiter Sozialamt
Frau Annerose Winter	Ressortleiterin Sozialamt
Frau Dr. Christine Gröger	Amtsleiterin Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen
Frau Dr. Uta Schwarzer	Ressortleiterin Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen
Frau Andrea Simon	Führungsunterstützer SGB II Dezernat IV
Herr Mirko Petrick	Kinder- und Jugendbeauftragter
Frau Ute Borchert	SKE
Herr Manfred Czock	SKE
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE
Herr Christian Weinert	SKE
Frau Annette Wunderlich	SKE

Entschuldigt fehlen:

Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Mamad Mohamad	SKE
Frau Brigitte Thieme	SKE
Frau Dr. Jeannette Drygalla	SKE
Frau Petra Schneutzer	Beauftragte für Integration und Migration
Frau Kerstin Riethmüller	Seniorenbeauftragte
Frau Sylke Bühler	Projektmanagerin Gesundheitsamt, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses wurde von **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, eröffnet und geleitet.

Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung inklusive der fristgerechten Nachreichung der Niederschrift vom 14.06.2012 sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, stellte **Herrn Kräupziger** als heutigen Protokollführer vor und bat zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Tobias Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, teilte mit, dass die Beschlussvorlage 4.1 von der Tagesordnung genommen wird.

Es folgte die Abstimmung zur geänderten Tagesordnung:

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: **zugestimmt**

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 14.6.2012
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Vorhalten von Defibrillatoren in öffentlichen Gebäuden
Vorlage: V/2012/10688
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters Halle
8. Bericht zum Stand Bildung und Teilhabe
9. Mitteilungen
- 9.1. Berichte der Beauftragten
- 9.2. Information zu KdU und der Entwicklung eines schlüssigen Konzeptes
- 9.3. Information zu Regelbedarfen
10. Beantwortung von mündlichen Anfragen
11. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 14.6.2012

Die Niederschrift vom 14.06.2012 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

zu 4 Beschlussvorlagen

Beschlussvorlagen lagen nicht vor.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Vorhalten von Defibrillatoren in öffentlichen Gebäuden
Vorlage: V/2012/10688**

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, erteilte Herrn Dr. Hans-Dieter Wöllenweber, FDP-Fraktion, das Wort zur Erläuterung des Antrages.

Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber, FDP-Fraktion, betonte, dass der Antrag aus gegebenem Anlass resultierte. Grund sei ein zweiter Vorfall in der Händelhalle, wo Erste Hilfe wegen Herzversagen geleistet werden musste.

Die Händelhalle hat mittlerweile einen Defibrillator, so **Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber, FDP-Fraktion**. Zwei weitere städtische Gebäude („Ratshof“, „Am Stadion 5“) konnten nach Recherche der Verwaltung ein solches Gerät aufweisen.

Frau Dr. Christine Gröger, Amtsleiterin des Gesundheitsamtes, gab folgende mündliche Stellungnahme ab:

Solche Geräte sind so eingerichtet, dass diese von einem geschulten Laienhelfer bedient werden können. Die Geräte kommunizieren mit der bedienenden Person. Eine Schulung ist jedoch notwendig. Hier müsste geschaut werden, für welche Personen eine Schulung erfolgen soll.

Des Weiteren benötigen Defibrillatoren eine Wartung 1 Mal im Jahr; aller zwei Jahre ist jeweils eine große Wartung notwendig. Wartungskosten werden grob mit 200 bis 500 Euro pro Gerät kalkuliert. Das Verbrauchsmaterial muss – auch bei Nichtgebrauch – aller zwei Jahre ausgetauscht werden.

Zudem sei es wichtig, dass die Geräte den aktuellen Richtlinien entsprechen, da die Schulungen nach diesen stattfinden.

Die Defibrillatoren in den städtischen Gebäuden im Ratshof sowie Am Stadion 5 waren bisher nicht im Einsatz.

Die großen Berufsgenossenschaften empfehlen solche Geräte, es sei jedoch wichtig, so **Frau Dr. Christine Gröger, Amtsleiterin des Gesundheitsamtes, dass die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden.**

Es ist seitens des Gesundheitsamtes geplant, einen Fragebogen zu erstellen und diesen an die Einrichtungen zu senden. Eine ausführliche Antwort wird bis Ende des Jahres seitens der Verwaltung zugesagt.

Für **Herrn Andreas Schachtschneider, CDU-Fraktion**, war die Tatsache, dass für solche Geräte eine extra Schulung benötigt wird, ein Erkenntnisgewinn. Zudem regte er an, dass die Wartungsarbeiten durch interne Fachkräfte wie Feuerwehr oder durch das Zentrale Gebäude Management durchgeführt werden könnten; eine Übertragung an private Unternehmen findet er zu kostenintensiv.

Herr Andreas Schachtschneider, CDU-Fraktion, findet eine Nachfrage über die Notwendigkeiten solcher Geräte in den einzelnen öffentlichen Einrichtungen über ein Fragebogen nicht effizient. Eine telefonische Anfrage sei sinnvoller.

Frau Dr. Christine Gröger, Amtsleiterin des Gesundheitsamtes, ging darauf ein und teilte mit, dass sofern der Rücklauf zu dem Fragebogen ausbleibt, eine mündliche Abfrage immer noch möglich sei.

Frau Sabine Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, fand die ausführliche und schnelle Reaktion der Stadtverwaltung loblich. Sie begrüßte das Anliegen, sieht jedoch die finanziellen Schwierigkeiten. Deshalb bat sie um eine konkrete Aufschlüsselung der tatsächlich anfallenden Kosten (Anschaffung, Instand- / Wartungskosten, Schulungskosten etc.).

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, stimmte im Prinzip mit dem Antrag überein, regte jedoch an, den Punkt 1 der Beschlussvorlage im Hinblick auf den Satz „[...] in allen öffentlichen Gebäuden mit erheblichem Besucheraufkommen[...]“ genauer zu definieren.

Herr Raik Müller, CDU-Fraktion, sah die Notwendigkeit einer genauen Definition des Punktes 1 der Beschlussvorlage. So stellt sich ihm die Frage, ob auch Einrichtungen mit hohem Personalaufkommen oder Sporteinrichtungen ein solches Gerät vorhalten sollen.

Herr Manfred Czock, sachkundiger Einwohner CDU-Fraktion, regte an, die Ersthelfer wegen künftigen Schulungen anzusprechen. Diese haben bereits ihre Bereitschaft angezeigt.

Herr Tobias Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, fände es sinnvoll, Defibrillatoren in Einrichtungen vorzuhalten, wo primär ältere Altersgruppen zu finden sind (z.B. Oper). Zudem sollte in die Erwägung der Notwendigkeit solcher Geräte einbezogen werden, dass in den Einsatzfahrzeugen der Feuerwehr Defibrillatoren vorhanden sind. Eine schnelle Hilfe ist somit, egal wo, garantiert, da die Feuerwehr innerhalb von 12 Minuten am Einsatzort sein muss (Hilfefrist in Sachsen Anhalt).

Frau Dr. Christine Gröger, Amtsleiterin des Gesundheitsamtes, teilte zudem mit, dass bei Großveranstaltungen (Sport, etc.) Einsatzfahrzeuge vor Ort sind.

Herr Dr. Erwin Bartsch, Fraktion DIE LINKE, fragte nach, ob man bei der Finanzierung die Krankenkassen nicht einbinden könnte.

Frau Dr. Christine Gröger, Amtsleiterin des Gesundheitsamtes, bedankte sich für die Anregung und wird dies prüfen.

Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber, FDP-Fraktion, bleibt bei den Formulierungen in der Beschlussvorlage. Eine Konkretisierung des Punktes 1 der Beschlussvorlage sei nicht notwendig. Es geht ihm um die Sache - Vorhalten von Defibrillatoren - in den städtischen Gebäuden bzw. großen Firmen, die im öffentlichen Auftrag agieren. Welche Einrichtungen

das werden sollen, sei Aufgabe der Verwaltung. Er betonte nochmals, dass es ein Muss heutzutage sei, solche Geräte vorzuhalten.

Herr Andreas Schachtschneider, CDU-Fraktion, beantragte im Namen der CDU-Fraktion die Beschlusspunkte einzeln abzustimmen.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis zu Punkt 1: **einstimmig zugestimmt**
6 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis zu Punkt 2: einstimmig zugestimmt
8 Ja-Stimmen
1 Enthaltung

Abstimmungsergebnis zu Punkt 3: **einstimmig zugestimmt**
8 Ja-Stimmen
1 Enthaltung

Abstimmungsergebnis zu Punkt 4: **einstimmig zugestimmt**
6 Ja-Stimmen
3 Enthaltungen

Herr Roland Hildebrandt, CDU-Fraktion, regte an, eine genaue Formulierung des Punktes 1 der Beschlussvorlage für die Einbringung im Stadtrat auszuarbeiten.

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

zu 7 Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters Halle

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, begrüßte zu diesem TOP **Frau Schmied, Bereichsleiterin Jobcenter Halle**, sowie **Frau Grummisch, Bereichsleiterin Jobcenter Halle**.

Frau Schmied, Bereichsleiterin Jobcenter Halle, informierte über die aktuelle Entwicklung am Arbeitsmarkt. Die statistischen Daten der Entwicklung der Arbeitslosigkeit wurden den Stadträten schriftlich zur Verfügung gestellt.

Frau Grummisch, Bereichsleiterin Jobcenter Halle, erläuterte die Situation bei Bildung und Teilhabe im Rechtskreis SGB II und legte den anwesenden Ausschussmitgliedern die aktuellen Zahlen vor.

zu 8 Bericht zum Stand Bildung und Teilhabe

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, übergab das Wort an **Frau Andrea Simon, Führungsunterstützer SGB II des Dezernates Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung**.

Frau Andrea Simon, Führungsunterstützer SGB II des Dezernates Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, teilte mit, dass die Unterlagen mit der Darstellung des Antragsvolumens, der Einnahmen und Ausgaben an die Stadträte übergeben wurde.

Das Antragsvolumen zum Stand 30.06.2012 liegt bei 10.972 Anträgen für alle Rechtskreise. Für den Rechtskreis SGB II wurden 8.655, im Rechtskreis SGB XII 425 und im Rechtskreis KIZ/Wohngeld 1.892 Anträge gestellt.

Eine Datenerhebung der Anspruchsberechtigten bezogen auf das Jahr 2012 ist noch nicht abgeschlossen. Der Ausschuss wird nach Vorlage der Daten in Kenntnis gesetzt.

Die Datenerhebung der Anspruchsberechtigten wird jährlich vorgenommen und damit auf Entwicklungen in den Rechtskreisen reagiert bzw. diese berücksichtigt.

Ausgehend von den vorliegenden Anträgen ist mit Stand 31.03.2012 festzustellen, dass die Anzahl der Ablehnungen von Anträgen zwischen 1,8 % im Rechtskreis SGB XII, 1,9 % im Rechtskreis KIZ/Wohngeld und ca. 5,6 % im Rechtskreis SGB II liegt; damit wurden die Anträge überwiegend positiv entschieden.

Die Ablehnungsgründe sind differenziert je nach Angebot zu betrachten.

Bei der *Mittagsverpflegung* erfolgten Ablehnungen weil es sich um keine gemeinschaftliche in Verantwortung der Schule liegende Versorgung handelte, bei der *Lernförderung*, weil es sich nicht um versetzungsrelevante Fächer handelte oder der mögliche Zeitrahmen für die Lernförderung ausgeschöpft war, und im *Freizeitbereich*, weil es sich um keine angeleitete Freizeit handelte (beispielsweise Kinobesuch).

Die Erfassung der Anbieter zeigt folgendes Bild.

Bisher sind 154 Anbieter beteiligt.

Im Bereich Lernförderung sind 14 Anbieter tätig und im Bereich der sozialen und kulturellen Teilhabe 143. Die Schwerpunkte liegen im Freizeitbereich Sport:

- Fußball: 27 Vereine,
- Kampfsport, Karate, usw.: 26 Vereine
- Tanzen: 18 Anbieter,

Der musische Bereich umfasst 16 Anbieter, unter anderem das Konservatorium, Musikschulen, Singschule, etc. Des Weiteren gibt es 53 weitere Anbieter im Freizeitbereich, beispielsweise den Bergzoo, Angeln, Reiten, Malzirkel.

Am 26.06.2012 fand eine Beratung mit allen Rechtskreisvertretern zur Problematik, statistische Erhebung entsprechend der vorhandenen Möglichkeiten aufgrund der unterschiedlichen Fachprogramme, statt.

Zielstellung ist die bisherige Erhebung der Daten nach:

- Antragsvolumen nach den Angeboten Bildung und Teilhabe und getrennt nach Rechtskreisen
- Anzahl der Kinder für die Leistungen beantragt wurden
- Einnahmen und Ausgaben, monatlich nach Rechtskreisen und getrennt von der Schulsozialarbeit zu erfassen.

Abgestimmt wurde, dass ab 2012

- einmal jährlich eine Datenerhebung durch alle Rechtskreise zur Anzahl der Anspruchsberechtigten zu veranlassen ist,
- eine quartalsweise Erhebung der Anzahl der Familien und Bedarfsgemeinschaften, die Leistungen für ihre Kinder beantragt haben, stattfindet,
- sowie die monatliche Erfassung der bewilligten, abgelehnten Anträge sowie der unbearbeiteten Vorgänge in allen Rechtskreisen, und
- monatliche Erfassung der Widersprüche und Klagen in allen Rechtskreisen

Derzeit nicht umsetzbar ist die Erhebung der Anzahl der Kinder nach Anbietern. Die technischen Voraussetzungen sind derzeit nicht gegeben. Weiterhin wurden Informationsinhalte und Wege zwischen den jeweiligen Rechtskreisen abgestimmt, sodass beispielsweise eine einheitliche Erfassung der Anbieter in Verantwortung des Sozialamtes gegeben ist.

Für den SGB II Bereich wurde für den Zeitraum April bis Oktober 2012 eine Übergangslösung hinsichtlich der Erfassung Anzahl der Anträge und Anzahl der Kinder, für die Leistungen beantragt wurden, vereinbart. In diesem Zeitraum wird eine qualifizierte Schätzung vorgenommen. Das Jobcenter schafft in diesem Zeitraum Voraussetzungen für eine noch qualifiziertere Fallbearbeitung und Erhebung.

Für Ende August 2012 ist in Vorbereitung des neuen Schuljahres eine Beratung mit den Anbietern Lernförderung vorgesehen. Folgend zunächst mit ausgewählten Anbietern für den Bereich der sozialen und kulturellen Teilhabe.

Vorschlag der Verwaltung ist, die monatliche schriftliche Darstellung zu den Anträgen und den Finanzen beizubehalten, die mündliche Berichterstattung jedoch quartalsweise umzusetzen.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, ließ nun Fragen über die Berichte vom Jobcenter sowie Bildung und Teilhabe zu.

Herr Andreas Schachtschneider, CDU-Fraktion, versteht nicht, wieso nur versetzungsrelevante Fächer förderfähig sind. Schließlich würde z. B. durch schlechte Noten in Fächern wie Musik oder Sport nicht versetzt werden.

Frau Andrea Simon, Führungsunterstützer SGB II des Dezernats Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, betonte, dass dieses per Gesetz geregelt ist und damit ausschließlich die versetzungsrelevanten Fächer zu berücksichtigen sind.

Frau Annette Wunderlich, sachkundige Einwohnerin Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, fragte nach, ob die Nichtbesetzung von Stellen für Schulsozialarbeit finanzielle Auswirkungen auf das nächste Jahr haben.

Frau Andrea Simon, Führungsunterstützer SGB II des Dezernates Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung teilte dazu mit, die Schulsozialarbeit ist der einzige

Bereich, bei dem die Gelder über den Befristungszeitraum 31.12.2013 der Kommune erhalten bleiben und nicht vom Land zurückgefordert werden, die Mittel können damit verbraucht werden.

Herr Roland Hildebrandt, CDU-Fraktion, ging auf den geringen Anteil von Anträgen bei dem Angebot Lernförderung ein und fragte nach, ob es seitens der Verwaltung die Möglichkeit gibt, eine stärkere Kommunikation oder Vermittlung des Angebotes zu betreiben. **Frau Andrea Simon, Führungsunterstützer SGB II des Dezernates Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung**, merkte an, dass wir im Verhältnis zu anderen Kommunen noch ganz gut liegen. Die Zugangsvoraussetzungen bei diesem Angebot sind relativ hoch, weitere Informationen gegenüber den Anspruchsberechtigten sind vorgesehen ebenso ein Erfahrungsaustausch mit den Anbietern.

Frau Sabine Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, kritisierte dass es bei Bildung und Teilhabe durch die Gesetzesformulierungen zu vielen Ablehnungen kommt. Ihr ist bekannt, dass angestrebt wird, über das Kulturministerium Vereinfachungen durchzusetzen. Wie ist hier der Stand?

Des Weiteren fragte sie an, ob es möglich ist, dass durch die Schulsozialarbeiter das Angebot besser genutzt wird?

Herrn Tobias Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, teilte dazu mit dass die Schulsozialarbeiter hier entsprechend unterstützend wirken, um auch die Angebote näher zu bringen. Eine Verbesserung der Situation ist wahrscheinlich.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat zur Abstimmung, ob die mündliche Berichterstattung quartalsweise erfolgen kann:

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

zu 9 Mitteilungen **zu 9.1 Berichte der Beauftragten**

Herr Dr. Toralf Fischer, Behindertenbeauftragter der Stadt Halle (Saale), informierte anhand von Statistiken sowie einer aktuelle Liste über Angebote für Menschen mit Behinderungen (MmB) in Halle. Den anwesenden Ausschussmitgliedern wurden diese zur Verfügung gestellt.

Die vorgelegte Statistik erfasst lediglich jene MmB, die einen Schwerbehindertenausweis erhalten haben, d. h. alle MmB unter einem Grad der Behinderung (GdB) von 50 werden nicht erfasst und nicht berücksichtigt.

Herr Dr. Toralf Fischer, Behindertenbeauftragter der Stadt Halle (Saale), informierte zudem über drei in Kraft getretene Verordnungen des 2010 novellierten Gesetzes zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (BGG LSA) mit folgenden Schwerpunkten:

- Verwendung von Gebärdensprache u.a. Kommunikationshilfen im
Verwaltungsverfahren
- Zugänglichmachung von Dokumenten für blinde und sehbehinderte Menschen im
Verwaltungsverfahren
- barrierefreie Informationstechnik für blinde und sehbehinderte Menschen im
Verwaltungsverfahren

Bezüglich des Stadtratsbeschlusses zur Umsetzung der Barrierefreiheit berichtete er über Absprachen mit der Halleschen Verkehrs AG. Hierzu gab es Termine mit dem Beigeordneten, Herrn Stäglin und der HAVAG. Bei der Neubeschaffung von Bussen und Bahnen soll durch entsprechende Anlagen im Fahrzeug (Kneeling, Rampen) die Einstiegshöhe auf max. 3 cm reduziert werden, was als barrierefrei gilt. **Herr Dr. Toralf Fischer, Behindertenbeauftragter der Stadt Halle (Saale)** informierte weiterhin zu einem Online-Stadtführer für Menschen mit Behinderung, der als Gemeinschaftsarbeit vom Jobcenter und dem Bildungsträger und BBI entstanden ist (www.behindertenwegweiser-hal.bbi-bildung.de).

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, ließ nun Nachfragen zum Bericht zu.

Hinsichtlich des Beschlusses zum Antrag von **Frau Sabine Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, zur Einrichtung von Blindenleitsystemen äußerte sich **Herr Dr. Toralf Fischer, Behindertenbeauftragter der Stadt Halle (Saale)**, wie folgt:

Seit Oktober 2011 ist eine neue DIN-Vorschrift 32984 (Bodenindikatoren) in Kraft getreten. In der „Großen Ulrichstraße“ wird in der Planung die neue DIN-Vorschrift berücksichtigt; die Bauarbeiten in der Beesener Straße erfolgen noch nach der alten DIN-Norm.

Herr Raik Müller, CDU-Fraktion, fragte, ob es Gründe für den rapiden Rückgang der ausgestellten Schwerbehindertenausweise von 2005 auf 2006 gibt. Laut **Herrn Dr. Toralf Fischer, Behindertenbeauftragter der Stadt Halle (Saale)**, hat das Landesverwaltungsamt in der Vergangenheit befristete Ausweise ausgestellt. Ein Grund für den Rückgang von 2005 auf 2006 könnte sein, dass die Gültigkeitsfrist der Ausweise ausgelaufen war. Zwischenzeitlich werden Ausweise vermehrt unbefristet ausgestellt.

Des Weiteren wollte **Herr Raik Müller, CDU-Fraktion** wissen, ob Tatsachen vorliegen, weshalb Halle gegenüber Magdeburg mehr angeborene Behinderungen hat?

Herr Dr. Toralf Fischer, Behindertenbeauftragter der Stadt Halle (Saale), konnte keine Angaben dazu machen. In Halle leben die meisten MmB innerhalb von Sachsen-Anhalt. Es könnte daran liegen, dass es in der Stadt ein ausdifferenziertes Angebot für MmB gibt und eine bessere medizinische und pflegerische Versorgung als das Umland hier vorhält.

Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion, fragte nach einer Differenzierung der Impfschäden. Desweiteren fragt sie, ob es Einrichtungen mit eigenen Wohngemeinschaften jugendlicher Erwachsener mit Behinderungen gibt und nach der Anerkennung der Qualifizierungen in den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen (WfbM).

Herr Dr. Toralf Fischer, Behindertenbeauftragter der Stadt Halle (Saale), teilte dazu mit, eine weitere Differenzierung bei den Impfschäden ist nicht möglich. Zur zweiten Anfrage empfiehlt er, Herrn Römer, Leiter der Evangelischen Stadtmission Halle, als Vorsitzenden der Landesarbeitsgemeinschaft zur WfbM-Problematik einzuladen und verweist auf die Protestveranstaltung der WfbM in Magdeburg vor dem Landtag und in Halle vor der Sozialagentur am 7.6.12. Die Anerkennung nachgefragter Wohnformen liegt beim Sozialministerium, hier der Sozialagentur. In Halle gibt es einen Bedarf hierfür. Träger wie der Lebenstraum e. ., versuchen ein Projekt umzusetzen.

Herr Raik Müller, CDU-Fraktion, fragte ob die Übersicht zu den Angeboten für Menschen mit Behinderungen im Internet für die Betroffenen zu finden ist.

Herr Dr. Toralf Fischer, Behindertenbeauftragter der Stadt Halle (Saale), verneint, verweist aber darauf, dass diese bei der persönlichen Beratung Angehörigen und MmB zugänglich sind.

Es wird angeregt diese in die Internetseiten des Sozialamtes aufzunehmen.

Herr Bonan, SPD-Fraktion, fragte nach, ob in der vorgelegten Statistik zur Anzahl der Menschen mit Behinderungen in Halle auch die ca. 200 blinden und sehbehinderten Rehabilitanden des BFW Halle enthalten sind. Diese Gruppe habe während ihrer (bis zu drei Jahre währenden) Ausbildung ihren Zweitwohnsitz in Halle.

Herr Dr. Fischer, Behindertenbeauftragter, antwortete, dass diese Gruppe nicht in der vorgelegten Statistik erfasst sei.

zu 9.2 Information zu KdU und der Entwicklung eines schlüssigen Konzeptes

Herr Schneller, Amtsleiter des Sozialamtes, trug die zahlenmäßige Entwicklung der KdU für die Jahre 2007 bis 2011 vor. Er wies darauf hin, dass nach anfänglichen Rückgängen jetzt ein leichter Anstieg zu verzeichnen ist, obwohl die Zahlen der Leistungsempfänger rückläufig bleiben. Er führte den Anstieg auf die Rechtsprechung des Bundessozialgerichtes und des Bundesverfassungsgerichtes zurück, die sowohl in Bezug auf die Regelsätze, wie auch in Bezug auf die Heizkosten Urteile gefällt haben die zu einer Erhöhung der KdU führen. Die Zahlenreihe wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Zum schlüssigen Konzept wurde dargestellt, dass inzwischen bei den Großvermietern die Umfrage stattgefunden hat und rund 40 000 Einzeldaten bei der Firma Analyse & Konzepte Hamburg vorliegen, daneben werden durch die Firma auch Angebotsdaten aus verschiedenen Medien gesammelt, um hier einen Überblick zu erhalten.

Eine weitere Befragung bei Kleinvermietern ist bisher noch nicht zu Stande gekommen, weil die Stadtwerke hier die entsprechenden Daten nicht zur Verfügung stellen wollen, mit der Begründung, diese könnten auch beim Stadt eigenen Umweltamt nachgefragt werden.

zu 9.3 Information zu Regelbedarfen

Zu den Regelsätzen erläuterte **Herr Schneller, Amtsleiter des Sozialamtes**, die Entwicklung vom Jahr 2005 (Einführung des SGB II) bis heute sowie den zahlenmäßigen Sprung der Regelsätze beim Übergang aus der Sozialhilfe in das Arbeitslosengeld II. Er wies darauf hin, dass die vermeintlich deutlich gestiegenen Regelsätze, anders als in der früheren Sozialhilfe, nun auch einmalige Bedarfe komplett abdecken müssen und ergänzte, dass am Sitzungstag das Bundesverfassungsgericht mit einer weiteren Entscheidung die derzeitigen Regelsätze für verfassungsgemäß erklärt hat.

Die Tabelle mit der Regelsatzentwicklung ist dem Protokoll beigefügt.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

zu 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Dr. Schwarzer, Ressortleiterin Gesundheitlicher Verbraucherschutz, Veterinär- und Lebensmittelüberwachung informierte zur Anfrage von **Herr Bonan, SPD-Fraktion**, nach einheitlichen Hygieneparametern für Gaststätten aus der Sitzung vom 14.6.2012, dass es einheitliche Richtlinien zu den Hygieneparametern in Gaststätten gibt und zum Stand der Smiliesveröffentlichung. Die Verbraucherschutzkonferenz möchte diese Veröffentlichung, die Wirtschaftskonferenz entschied sich dagegen. Es sollen lediglich auf freiwilliger Basis Smilies vergeben werden. Es bleibt offen, wie endgültig entschieden wird.

Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion, möchte bezüglich des Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt (beim letzten

Protokoll beigefügt) wissen, ob wirklich nur noch Kosten für die unmittelbare Arbeitsdurchführung finanziert werden?

Frau Schmied, Bereichsleiterin Jobcenter Halle, bestätigte den Sachstand.

Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion wollte weiterhin wissen, ob bei gleicher Qualifizierung ein deutscher Mitbürger bei der Integration vor einen Migranten gestellt werden würde?

Frau Schmied, Bereichsleiterin Jobcenter Halle, kennt eine solche Regelung nicht. Jeder wird gleich behandelt.

Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion, fragte nach, ob Mitarbeiter der Firma Schlecker im JC gemeldet sind?

Frau Schmied, Bereichsleiterin Jobcenter Halle, führte dazu aus, dass zwei „Schlecker“-Mitarbeiter im Jobcenter gemeldet waren, eine davon konnte bereits integriert werden.

Frau Sabine Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, wollte bezüglich der Kooperationsvereinbarung zwischen Bildungsträgern und Jobcenter wissen, wer hierfür die Qualitätskontrollen durchführt?

Frau Schmied, Bereichsleiterin Jobcenter Halle, betonte, dass es mehrere Zertifizierungsstellen gibt, die dies überwachen und die Qualität sicherstellen.

Frau Sabine Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, fragte nach, wann und von wem Bildung und Teilhabe evaluiert wird?

Frau Andrea Simon, Führungsunterstützer SGB II des Dezernates Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, teilte mit, dass nach ihrer Kenntnis dies über das Bundesministerium für Arbeit und Soziales erfolgt. Sie wird das Thema zur nächsten AG Bildung und Teilhabe beim Land nachfragen.

Herr Dr. Mohamed Yousif, Fraktion DIE LINKE, möchte den Stand über die Fördermittel im sozialen Bereich (Ausgaben, Frauen-Nacht-Taxi) wissen.

Frau Annerose Winter, Ressortleiterin des Sozialamtes, erläuterte, dass im Pflichtbereich Abschläge gezahlt werden. Für Projekte mit überwiegender Finanzierung durch Land/Bund (80/20) ist ein Freigabeantrag gestellt. Nach Vorliegen der Freigabe, erfolgt die Auszahlung.

Frau Susanne Wildner, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Halle (Saale), teilte mit, dass keine Abschlagszahlungen freigegeben worden sind. Dies hat zur Folge, dass der Mietvertrag des Dornrosa e. V. vorsorglich gekündigt werden soll.

Der Ansatz für das Frauen-Nacht-Taxi ist im aktuellen Haushaltsplan enthalten. Da dieser jedoch nicht genehmigt ist, können keine Mittel ausgezahlt werden. Bisher erfolgte auch keine Mittelfreigabe für das Frauen-Nacht-Taxi.

Herr Raik Müller, CDU-Fraktion, fragte, ob es eine Summenanpassung geben wird, da ja schon ein halbes Jahr vergangen ist.

Frau Susanne Wildner, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Halle (Saale), sagte, wenn eine Freigabe der Mittel erfolgt, wird neu geprüft.

zu 11 Anregungen

Herr Robert Bonan, SPD-Fraktion, regte an, dass in Gebäuden der Stadtverwaltung mit größerer Publikumsrelevanz eine Krankentrage vorhanden sein sollte.

Herr Raik Müller, CDU-Fraktion, bat darum, bei der Versendung der SGGA-Unterlagen eine kostenoptimale Beförderungsvariante zu überprüfen. Als Beispiel nannte er, dass vier einzelne Blätter nicht in einem großen Umschlag verschickt werden sollten.

Herr Roland Hildebrandt, CDU-Fraktion, regte an, dass der Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss wieder mal in einer anderen Einrichtung stattfinden sollte.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, teilte mit, dass im November eine Sitzung im Nachbarschaftszentrum „Pustebblume“ geplant ist. Sie stellt jedoch nochmals dar, dass durch die enorme Größe des Ausschusses es schwierig ist, entsprechende Räume in den Einrichtungen zu finden.

Für die Richtigkeit:

Datum: 17.09.12

Tobias Kogge
Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport,
Soziales und kulturelle Bildung

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

Denis Kräupziger
Protokollführer